



**„Brandenburg droht eine zweite
Leerstandswelle“ Wohnungsunternehmen
fordern neue Konzepte und
Hilfsprogramme – besonders für die
Randregionen**

Potsdam - Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) hat politische Konzepte gegen den drastischen Bevölkerungsrückgang in Randregionen und dessen Folgen für die Wohnungsunternehmen gefordert. Vor allem im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg sei die demographische Entwicklung Besorgnis erregend, sagte BBU-Vorstand Ludwig Burkardt, den PNN. Die Politik müsse jungen Menschen und Familien auch in diesen Regionen Perspektiven bieten, so auch im Rahmen des Stadtumbauprogramms.

Angesichts des Leerstandes und der Bevölkerungsentwicklung warnte Burkardt gegenüber den PNN vor „einer zweiten Leerstandswelle“ im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Bis zum Jahr 2030 werden diese Regionen wegen Überalterung, Geburtenrückgang und Wegzug der Jüngeren weitere 360 000 Einwohner verlieren. „Dann werden nach konservativen Schätzungen zusätzlich 150 000 weitere Wohnungen leerstehen“, die in den alten Planungen noch nicht enthalten waren, warnte der BBU-Chef. Darauf müssten Wohnungsunternehmen, Kommunen sowie Landes- und Bundespolitik schon heute reagieren. Während es im Bauministerium ein „hohes Problembewusstsein gibt“, mangle es noch an Konzepten aus dem Umwelt- und Agrarministerium, dass für ländliche Entwicklung und damit für die Dörfer zuständig ist, so Burkardt.

Er forderte gegenüber den PNN gerade vor diesem Hintergrund erneut ein Fortführen des Bundesprogrammes für den Stadtumbau im Osten über das Jahr 2009 hinaus. Gerade in den Randregionen, die an Einwohnern verlieren, sei es notwendig, weitere Wohnungen abzureißen – sowohl im Platten- als auch teils im Altbaubestand. Bisher sei in Brandenburg der Abriss von etwa 35 000 Wohnungen gefördert worden – 30 000 davon

gedruckte
Ausgabe
vom
21.09.2007

Ressort: allein bei den im BBU organisierten
Brandenburg Wohnungsunternehmen. Dadurch sei die Zahl
- Berlin der leerstehenden Wohnungen in Brandenburg
von 60 000 auf 43 000 Wohnungen gesunken.

Burkardt verwies zudem darauf, dass besonders bei den Wohnungsunternehmen in den Randregionen der Leerstand in den kommenden Jahren wieder steigen werde. Davon seien dann häufig Wohnungen betroffen, auf denen noch Sanierungs- und Renovierungskredite sowie DDR-Altschulden lägen. Gerade für die Sanierungsschulden müsse eine Lösung gefunden werden – zumal diese oft nur aufgenommen worden seien, da die Gesellschaften nach dem sogenannten DDR-Altschulden-Hilfegesetz zur Sanierung auch von Plattenbaubeständen verpflichtet waren. Es reiche nicht aus, nur den Abriss zu fördern, es müsse auch staatliche Hilfen für alte und neue Schulden bei besonders betroffenen Wohnungsbaugesellschaften gefunden werden. Allein seien viele Unternehmen – die meisten in kommunaler Hand – damit überlastet.

Zudem befänden sich im Bestand der BBU-Mitglieder viele unsanierte, lange restitutionsbelastete Bauten, die die kommunalen Wohnungsgesellschaften verwaltet hatten. Da an diesen Gebäuden wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse wenig gemacht worden sei, stünden viele heute leer. Besonders problematisch sei dies in Orten wie Wittenberge, die nach der Wende extrem an Einwohnern verloren. Burkardt: „Die Formel, dass nur die Platte abgerissen werden muss, stimmt nicht.“

Seit 1991 habe der äußere Entwicklungsraum Brandenburgs fast 240 000 Einwohner verloren, darunter seien allein 210 000 Menschen unter 25 Jahre, so der BBU-Chef unter Berufung auf Zahlen des Statistischen Landesamtes. Die Zahl der Einwohner unter 25 Jahren sei hier seit 1991 um gut 40 Prozent auf jetzt knapp 346 000 gesunken. Im gleichen Zeitraum habe sich die Zahl der über 65-Jährigen um mehr als die Hälfte auf über 340 000 erhöht. Im Vergleich dazu sei die Einwohnerzahl im Land Brandenburg seit 1991 insgesamt nur um knapp 5600 gesunken.